

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Nebel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0119/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Energiespar- und Klimaschutzprojekte an Schulen in Charlottenburg-Wilmersdorf

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, Energiespar- und Klimaschutzprojekte an Schulen im Bezirk zu initiieren und dafür eine*n Koordinator*in/Projektverantwortliche*n zu benennen. Zielsetzung und Inhalt der Projekte soll ein praktisches Engagement der Schüler*innen im Verbund mit Lehrer*innen und, wenn möglich, auch Eltern sein, um durch Recherchen und Überlegungen vor Ort Vorschläge zu Maßnahmen einer Reduzierung des Energieverbrauchs, der Substitution durch nicht-fossile Energieträger und sonstiger Maßnahmen des Klimaschutzes zu erarbeiten.

Die Aktivitäten sollten durch kompetente, externe Dienstleister begleitet werden. Über eine Steuerungsgruppe sollen Vertreter*innen des Schulamts, des Facility Managements und des Umweltamts Energiesparprojekte begleiten und unterstützen.

Der BVV ist bis zum 30. September 2022 zu berichten..

Begründung:

Öffentliche Gebäude sollten beim Klimaschutz als Vorbild dienen. Dafür bieten sich Energiesparprojekte unter Einbeziehung der Schulgebäude und ihrer Nutzer*innen an. Die aktive Einbeziehung insbesondere der Schüler*innen in Recherchen vor Ort für eine umweltverträgliche Nutzung von Energie eröffnet zugleich die Chance einer Bewusstseinsbildung und Förderung von Handlungsbereitschaft im praktischen Klimaschutz. Gerade Jugendliche können und sollten so beim Klimaschutz partizipieren. An den Schulen sollte durch ein Zusammenspiel von Bildung, Nutzerverhalten, technischer Erziehung und Sanierung ein erkennbarer Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden, der über das persönliche Engagement einzelner Lehrkräfte und Schüler*innen hinausgeht.

Eine Reihe von Schulen im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf engagieren sich bereits im Rahmen von Energieprojekten. In einigen Bezirken gibt es bereits Erfahrungen mit Energiesparprojekten, gefördert durch das Bezirksamt: Steglitz-Zehlendorf, Pankow, Charlottenburg-Wilmersdorf, Reinickendorf.

In Steglitz-Zehlendorf wurden die Energiesparprojekte an Schulen immer über das Umweltamt gesteuert, in Pankow z.B. über das Facility Management. Langfristig wäre im Bezirksamt eine Zusammenarbeit von Schulamt, Facility Management und Umweltamt notwendig. Ziel dieses BVV-Beschlusses ist es, die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit für dieses Vorhaben transparent zu machen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Zels

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0162/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Vorbildrolle einnehmen - Rathaus Charlottenburg klimaneutral bis 2030

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert ein Konzept zu erarbeiten und der BVV zu präsentieren, wie das Rathaus Charlottenburg u.a. durch Maßnahmen der energetischen Gebäudesanierung bis 2030 klimaneutral umgestaltet und betrieben werden kann.

Der BVV ist bis 30.09.2022 zu berichten.

Begründung:

Die öffentliche Hand muss privaten Eigentümern als Vorbild dienen und als Vorreiter vorgehen, um durch energetische Gebäudesanierung zu den Klimazielen der Stadt Berlin beizutragen und die Transformation des Wärmesektors voranzutreiben. Hierfür eignet sich das Rathaus Charlottenburg aufgrund seiner Bedeutung im Bezirk und als Hauptsitz der Bezirksverwaltung im besonderen Maße. Um einen Impuls für die Wärmewende im Bezirk zu setzen, soll ein ambitionierter Plan zur Klima Neutralität bis 2030 vorgelegt werden.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0171/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Sachstand und Planung der IT-Migration des IT-Betriebes in das ITDZ
Berlin**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, regelmäßig im Ausschuss für Liegenschaften und IT zum aktuellen Sachstand der Migration der IT des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf zum ITDZ Berlin und zu den fortlaufenden Planungen zu berichten. Insbesondere soll hierbei ein Fokus daraufgelegt werden, welche Services bereits komplett durch das ITDZ übernommen werden und welche Aufgaben beim Fachbereich IT verbleiben.

Der BVV ist bis 31.08.2022 zu berichten.

Begründung:

Mit Pressemitteilung vom 01.09.2021 hat das Bezirksamt informiert, dass das ITDZ Berlin den Betrieb für die Netze des Datenaustausches und der Telekommunikation am Rathaus Charlottenburg übernommen hat, nachdem bereits 2020 die Arbeitsplätze am Standort Hohenzollerndamm migriert wurden. Damit legt das Bezirksamt als Pilot-Behörde im Rahmen der Migration die Grundlage für alle weiteren Bezirksverwaltungen in Berlin. In besagter Pressemitteilung wurde angekündigt, dass „weitere Infrastrukturkomponenten wie IP-Telefonie und der standardisierte IKT-Arbeitsplatz mit dem Berlin PC folgen“ und zudem im Jahr 2022 weitere Standorte des Bezirksamtes migrieren sollen.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Heyne

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0224/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Leitlinien für Mietverhältnisse im UCW unter Beteiligung der BVV entwickeln

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die BVV an dem lt. DRS 19/12557 aus dem AGH von Berlin z. Zt. stattfindenden Gesprächsprozess mit den Mieterinnen und Initiativen im UCW zu beteiligen. Die Entwicklung objektiver Bewertungsparametern, anhand derer zukünftig über die Vergabe bzw. Verlängerung von Mietverträgen entschieden werden soll, bedarf einer Diskussion im politischen Raum in Charlottenburg-Wilmersdorf, da Festlegungen über die künftige Nutzung des UCW direkte Auswirkungen auf den Haushalt des Bezirks haben werden.

Begründung:

Das UCW ist als Projekt des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf ein vorbildliches Beispiel bezirklichen Engagements. Die Förderung von Gründerinnen ist ein wichtiges Anliegen des Senats, für das im Doppelhaushalt 2022/23 umfängliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Für die Förderung von Gründerinnen muss jedoch eine Konzeption erarbeitet werden, damit die zur Unternehmensgründungen von Frauen gedachten Mittel zielgenau eingesetzt werden können und sich nicht allein auf die Subventionierung der Mietkosten beschränken.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0225/6**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Der Winter kommt! Bezirksamt muss beim Energiesparen mit gutem Beispiel vorangehen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um in allen bezirkseigenen Immobilien mindestens das durch Senatsbeschluss am 16. August 2022 ausgegebene Ziel, zehn Prozent des Energieverbrauchs der öffentlichen Hand zu sparen, in Charlottenburg-Wilmersdorf zu erreichen. Möglichst soll sich das Bezirksamt aber an dem von der EU vorgegebenen Ziel der Senkung des Gasverbrauchs um mindestens 15 Prozent orientieren.

Die einzelnen ergriffenen Maßnahmen mit detaillierter Aufschlüsselung der jeweiligen erreichten Einspareffekte sind der BVV bzw. den zuständigen Ausschüssen vorzulegen.

Der BVV ist bis zum 31.10.2022 zu berichten.

Begründung:

Aufgrund der massiv gestiegenen Energiekosten und der zunehmenden Knappheit fossiler Energien ist es notwendig, den Energieverbrauch sofort und umfassend zu senken. Doch nicht nur die steigenden Kosten sollten uns zur Beschränkung des Energieverbrauchs bewegen, sondern auch die fortschreitende Klimakatastrophe, die umfassende Maßnahmen jetzt und sofort erforderlich macht.

Am 9. August 2022 haben die EU-Mitgliedstaaten festgelegt, den Gasverbrauch der gesamten EU um 15 Prozent zu senken. Der Berliner Senat beschloss am 16. August 2022 ein Energiespar-Paket, welches Einsparungen der öffentlichen Hand in diversen Bereichen um zehn Prozent vorsieht. Der Bezirk steht angesichts der Energiekrise und vor allem vor dem Hintergrund der Klimakatastrophe in der Pflicht, bei bezirkseigenen Gebäuden ebenfalls möglichst viel Energie einzusparen.

<https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2022/pressemitteilung.1235536.php>